



Karel Navarro / Keystone

Alberto Fujimori (rechts) auf der Anklagebank des Sondergerichtshofs in Lima.

Peru: Prozess gegen Alberto Fujimori

Ist Schluss mit der traditionellen Straflosigkeit?

In Lima steht mit Alberto Fujimori erstmals ein ehemaliger lateinamerikanischer Staatspräsident wegen Menschenrechtsverletzungen vor Gericht. Direkt ihm gegenüber berichten Zeugen von Massakern.

Am Samstagabend, 3. November 1991, wurde für Natividad Condorcahuana alles anders. Die damals 35-jährige fünffache Mutter aus Lima war zu einem Fest in den Wohnblock ihres Schwagers im Altstadtviertel «Barrios Altos» eingeladen. «Es waren rund zwanzig Leute da, und da ich niemanden kannte, habe ich mich etwas zurückgezogen.» Dieser Rückzug hat Natividad das Leben gerettet. Um 22 Uhr stürmten zehn verummte, bewaffnete Männer herein und schossen alle Anwesen-

den nieder. Natividad Condorcahuana überlebte elf Einschüsse; die Kosten für die ärztliche Behandlung musste sich die Heilkräuterverkäuferin selbst zusammenkratzen. Fünfzehn Personen überlebten das Massaker nicht.

War der Präsident verantwortlich?

Sechzehn Jahre später, im Januar 2008, erzählt Natividad Condorcahuana auf der Zeugenbank dem Richter César San Martín ihre Geschichte. Auf der

Anklagebank ihr gegenüber sitzt der Mann, der letztlich verantwortlich sein soll für das Massaker von Barrios Altos und weitere Menschenrechtsvergehen: Alberto Fujimori. Denn die Mörder von Barrios Altos waren Mitglieder der Todesschwadron «Grupo Colina», einer paramilitärischen Einheit, die im Rahmen der Terrorbekämpfung operierte. Die Festgäste von Barrios Altos hatten sie «irrtümlicherweise» mit Mitgliedern der Terrorgruppe «Leuchtender Pfad» verwechselt. Hat Alberto Fujimori als oberster Staatsschef von den Mordtaten der Grupo Colina gewusst oder sie sogar angeordnet? Über diese Frage wird seit Dezember 2007 in Lima verhandelt. Der 69-jährige Fujimori verteidigt sich immer wieder mit demselben Argument: Ein wirtschaftliches und politisches Chaos sei das Land gewesen, als er 1990 Präsident wurde; und der Leuchtende Pfad sei bereits vor Lima gestanden. Da habe er sich um die grossen Linien kümmern müssen und nicht um jede operative Anweisung gewusst. Und überhaupt habe Peru es nur ihm zu verdanken, dass der Terrorismus besiegt und die Wirtschaft wieder gewachsen sei.

Achtzig Zeugen aufgeboten

Angesichts der Leidensgeschichte von Natividad Condorcahuana klingen die Argumente Fujimoris seltsam hohl. Die Zeugenaussagen der folgenden Wochen bestätigen denn auch, dass die politische und militärische Führung Perus sehr wohl von den Gräueltaten wusste. Nach den Opfern sagen nämlich die Täter aus: die Mitglieder der Todesschwadron – Ex-Militärs, die heute selbst in Haft sind – erklären detailreich, wie das Morden organisiert und angeordnet war.

Noch ist die Verhandlung in vollem Gange, erst ein kleiner Teil der aufgebotenen achtzig Zeugen hat bisher ausgesagt. Ein Urteil in erster Instanz wird auf Mitte Juni erwartet. Bis dahin wird dreimal pro Woche der Sondergerichtshof tagen, der für den Fall Fujimori extra eingerichtet wurde. Hinter der Glasscheibe, die den improvisierten Verhandlungsraum vom Zuschauersaal trennt, sitzen Angehörige der Opfer sowie Anhängerinnen und Anhänger der Familie Fujimori – nur durch einen schmalen Mittelgang voneinander getrennt. Die beiden Parteien würdigen sich keines Blickes.

Bisher einmalig in Lateinamerika

Mit Alberto Fujimori muss sich erstmals ein lateinamerikanischer Präsident in seinem eigenen Land wegen Menschenrechtsvergehen vor einem ordentlichen Gericht verantworten. Dass dies in Peru möglich ist – daran hatten viele nicht mehr zu glauben gewagt. Die Befürchtungen waren gross, dass die Fujimori-Anhänger Unruhe stiften würden, oder dass die jetzige Regierung unter Alan García in den Prozess eingreifen würde; schliesslich ist Alan García nach seiner ersten Präsidentschaft in den Acht-

zigerjahren selbst nur haarscharf an einer Anklage wegen Menschenrechtsverletzungen vorbeigekommen. Bis jetzt haben sich diese Befürchtungen nicht bestätigt. Die politische Kraft der Fujimori-Anhänger reicht für eine Mobilisierung der Bevölkerung nicht aus, und Alan García ist sich sehr wohl bewusst, dass mit dem Prozess auch das internationale Ansehen Perus als Rechtsstaat auf dem Spiel steht.

Menschenrechtsaktivisten sind zuversichtlich

Inzwischen hat Natividad Condorcahuana ihre Aussage mit leiser, aber beherrschter Stimme zu Ende gebracht. Sie sieht Alberto Fujimori ins Gesicht. Dieser weicht dem Blick aus. Hinkend verlässt die kleine Frau den Gerichtssaal, eine Folge der Schussverletzungen vor sechzehn Jahren. Jahrzehntelang konnten Machthaber in Lateinamerika ungestraft Verbrechen an Menschen wie Natividad begehen. In Lima wird auch darüber gerichtet werden, ob diese unselige Tradition zu einem Ende kommt. Menschenrechtsaktivisten zeigen sich mit dem Verlauf des Prozesses zufrieden und sind zuversichtlich, dass Fujimori verurteilt wird.

■ Hildegard Willer

Hildegard Willer ist freie Journalistin und Koordinatorin der Bethlehem Mission Immensee in Lima.

«Angesichts der Leidensgeschichte von Natividad Condorcahuana klingen die Argumente Fujimoris seltsam hohl.»

Alberto Fujimori

1990 besiegte der japanischstämmige Alberto Fujimori überraschend den Schriftsteller Mario Vargas Llosa im peruanischen Wahlkampf. Fujimoris Regierung war gekennzeichnet durch strikte liberale Wirtschaftsreformen, durch die Terrorbekämpfung gegen die Gruppe «Leuchtender Pfad» sowie die Ausserstandsetzung demokratischer Spielregeln im Selbstputsch von 1992. Dennoch genoss Fujimori beim Volk grosses Ansehen und wurde 1995 wiedergewählt. Erst gegen Ende seiner zweiten Amtszeit wurde bekannt, wie Fujimori und sein Komplize Vladimiro Montesinos die Staatskassen geplündert, Medien gekauft und politische Gegner ausgeschaltet hatten. Im Jahr 2000 reichte Fujimori aus dem japanischen Exil seinen Rücktritt als Präsident ein. In Peru wurde danach Anklage gegen ihn erhoben, Japan bot aber keine Hand für eine Auslieferung. Als Fujimori im Jahr 2006 Japan verliess, um von Chile aus am peruanischen Wahlkampf teilzunehmen, nahmen die chilenischen Behörden Fujimori fest und gaben im September 2007 dem Auslieferungsbegehren Perus nach. HW